47. 1. Bezieht sich die Vorschrift in § 8 Abs. 2 GmbHG., wonach in der Anmeldung u. a. die Versicherung abzugeben ist, daß sich der Gegenstand der Leistungen in der freien Verfügung der Geschäftsführer befindet, auch auf Sacheinlagen?

2. Wie ist bei gemischten Stammeinlagen das Viertel zu berechnen, das nach § 7 Abs. 2 das. vor der Anmeldung der Gesellschaft auf das Stammkapital einzuzahlen ist?

Gesetz, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vom ^{20. April 1892}~~20. Mai 1896~~
(RGBl. 1898 S. 846) — GmbHG. — § 7 Abs. 2, § 8 Abs. 2,
§ 82 Nr. 1.

IV. Straffenat. Ur. v. 6. Februar 1914 g. B. IV 1106/13.

I. Landgericht Leipzig.

Der Angeklagte hat als Geschäftsführer einer Gesellschaft m. b. H., um deren Eintragung in das Handelsregister zu erwirken, die bewußt

unwahre Versicherung abgegeben, daß die in § 7 Abs. 2 GmbH. bezeichneten Leistungen auf die Stammeinlagen bewirkt seien und daß sich der Gegenstand der Leistungen in seiner freien Verfügung befinde. Seine Revision gegen die ihn aus § 82 Nr. 1 a. a. D. verurteilende Entscheidung des Landgerichts wurde verworfen aus folgenden

Gründen:

„Bei Anmeldung der unter der Firma „W. B., G. m. b. H.“ errichteten Gesellschaft hat der Angeklagte am 6. November 1912 als Geschäftsführer Angaben gemacht, die nach Annahme der Strafkammer zunächst insofern falsch waren, als das nach dem Gesellschaftsvertrag von Frau B. in das Gesellschaftsvermögen einzubringende „Geschäftsinventar“ sich zur Zeit der Anmeldung nicht in der freien Verfügung des Angeklagten befand. Diese Annahme ist rechtlich nicht zu beanstanden. Die Inventarstücke befanden sich allerdings, wie schon vorher, in dem sog. Herrenzimmer, einem zu schriftlichen Arbeiten im Geschäft von dem Angeklagten und einem Ingenieur benutzten Raume der gemeinschaftlichen Wohnung der Eheleute. Aus dieser tatsächlichen und sicher schon aus seiner Eigenschaft als Ehemann sich ergebenden Beziehung des Angeklagten zu den Sachen folgt aber nicht, daß er in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Gesellschaft über die Sachen frei verfügen konnte. Frau B. hatte zwar im Gesellschaftsvertrag die Verpflichtung übernommen, die Inventarstücke in die Gesellschaft einzubringen. Hierdurch wurden aber rechtliche Beziehungen für den Angeklagten als Geschäftsführer der Gesellschaft zu den Sachen, namentlich seine freie Verfügungsgewalt über die Sachen nicht begründet. Dazu wäre erforderlich gewesen, daß Frau B. ihre Verfügungsgewalt aufgab und dem Angeklagten als dem Geschäftsführer der Gesellschaft übertrug. An einer solchen Übertragung fehlte es zur Zeit der Anmeldung der Gesellschaft. Die Strafkammer geht davon aus, daß Frau B. gar nicht den Willen hatte, die Verfügungsgewalt über die Sachen auf den Angeklagten als Geschäftsführer der Gesellschaft zu übertragen, und daß der Angeklagte auch gar nicht den Willen hatte, die Verfügungsgewalt über die Sachen als Geschäftsführer der Gesellschaft zu erwerben. . . .

Die Ausführung des Verteidigers, der Angeklagte habe sich,

wenn die Ansicht des Landgerichts über die Auslegung der Bestimmungen im § 7 Abs. 2 GmbHG. richtig sei, über den Inhalt dieser Vorschrift geirrt und dieser Irrtum habe ihm seine objektiv falsche Versicherung als wahr erscheinen lassen, ist unvereinbar mit den Urteilsfeststellungen, die dahin gehen, daß der Angeklagte die von ihm abgegebene Versicherung in dem von der Strafkammer dargelegten Sinne auffaßte und wußte, daß sie objektiv falsch war.

Die Strafkammer hat weiter angenommen, daß der Angeklagte bei der Anmeldung der Gesellschaft in bezug auf die Leistung des in barem Gelde bestehenden Teiles der Stammeinlage der Frau B. wissentlich falsche Angaben gemacht habe. Das Gericht versteht die hinsichtlich der Bareinlage getroffene Bestimmung des Gesellschaftsvertrags dahin, daß ein Viertel der Bareinlage von 10 000 *M.*, also 2500 *M.*, sofort zu entrichten und nur der Rest (7500 *M.*), nicht die ganze Bareinlage, in vierteljährlichen Teilbeträgen von 500 *M.* einzuzahlen war. Welchen Sinn die in Rede stehende Vertragsbestimmung für andere erkennbar hatte und nach dem Willen der Vertragsschließenden haben sollte, ist Tatfrage. Auf dem Gebiete der tatsächlichen Beurteilung liegt auch die weitere Annahme der Strafkammer, die von dem Angeklagten bei der Anmeldung der Gesellschaft gemachten Angaben seien dahin zu verstehen, daß Frau B. das vertragsmäßig einzuzahlende Viertel der Bareinlage, also 2500 *M.* bar entrichtet habe, und daß dieses Geld sich in der freien Verfügung des Angeklagten befinde. Daß diese Angabe falsch war, ist nachgewiesen, da im Urteil festgestellt ist, daß Frau B. am 6. November 1912 auf die 10 000 *M.* noch gar nichts eingezahlt hatte. Der erste Richter erachtet als erwiesen, daß der Angeklagte dies wußte.

Es ist sonach im Urteil einwandfrei festgestellt, daß die Versicherung, die der Angeklagte als Geschäftsführer der in Rede stehenden Gesellschaft m. b. H. am 6. November 1912 dem Registergericht behufs Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister abgegeben hat, sowohl hinsichtlich der Erlangung der freien Verfügung über einen Teil der Sacheinlage der Frau B. (Inventarstücke), als hinsichtlich der Einzahlung der Frau B. auf die von ihr nach dem Gesellschaftsvertrag zu bewirkende Bareinlage wissentlich falsche Angaben enthielt.

Das Gericht hat hiernach den Tatbestand des § 82 Nr. 1 GmbHG. als gegeben erachtet.

Die Frage, ob § 82 Nr. 1, indem er wissentlich falsche Angaben hinsichtlich der „Einzahlungen auf die Stammeinlagen“ unter Strafe stellt, darunter auch die Sacheinlage begreift, ist vom I. Strafsenat in RGSt. Bd. 38 S. 128, vom V. Strafsenat in Bd. 43 S. 430 und vom erkennenden Senat in Bd. 43 S. 250 mit ausführlicher Begründung bejaht worden.

Die Erstreckung des § 82 Nr. 1 auf die Sacheinlagen ergibt sich, wie bereits in der letzterwähnten Entscheidung hervorgehoben worden ist, aus der dem Regierungsentwurf beigegebenen Begründung. Dort ist zu §§ 7, 8 (Druckf. des RT's 8. Leg. Per. I. Sess. 1890/92 Nr. 660 S. 44) gesagt: „Bei Sacheinlagen kann eine nur teilweise Leistung natürlich nicht in Frage kommen. Der Gegenstand einer solchen Einlage muß vielmehr unter allen Umständen der Gesellschaft schon vor der Eintragung unverkürzt zur Verfügung gestellt werden, wenn auch unter Umständen die weiter zur Erfüllung der Einlageverpflichtung noch erforderlichen Rechtsakte, wie namentlich die grundbuchmäßige Übertragung des Eigentums an Immobilien, zunächst noch vorbehalten bleiben muß. Die Bestimmung in § 7 Abs. 2 ist dementsprechend gefaßt.“ Diese klare und unzweideutige Darlegung läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß der Gesetzgeber die Eintragung der Gesellschaften m. b. H. davon abhängig machen wollte, daß die Sacheinlagen ganz und voll in die Verfügungsgewalt der Geschäftsführer gebracht waren.

Sachenburg, der in seinem Kommentar (4. Aufl.) § 7 Anm. 14 flg. die Ansicht vertritt, daß eine Sacheinlage vor der Eintragung weder voll geleistet sein noch zur freien Verfügung der Geschäftsführer stehen müsse, sucht das Gewicht der aus der Begründung des Entwurfs gegen seine Ansicht abzuleitenden Gründe durch die Ausführung zu beseitigen, daß die Bemerkung der Begründung ein Gedanke ihres Verfassers geblieben, in die Wirklichkeit aber nicht umgesetzt worden sei. Demgegenüber ist zu bemerken, daß bei der Entstehung des Gesetzes die grundlegende Anschauung der Begründung nirgends beanstandet wurde, und daß die §§ 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 aus dem Regierungsentwurf unverändert in das Gesetz übernommen worden sind. Davon, daß der in der Begründung zum Ausdruck

gebrachte gesetzgeberische Wille im Gesetz nicht zur Ausführung gelangt sei, könnte nur dann die Rede sein, wenn sich dies aus dem Wortlaut des Gesetzes ergäbe. Dieser ist aber, wie bereits RGSt. Bd. 43 S. 250 (253) dargelegt ist, mit dem, was hier in der Begründung des Entwurfs ausgesprochen ist, durchaus vereinbar.

Wenn Hachenburg zur Unterstützung seiner Ansicht auf die Schwierigkeiten hinweist, die dem Zurverfügungstellen von Sachen dadurch erwachsen, daß die Gesellschaft m. b. H. erst durch die Eintragung rechtliches Dasein erlange, so schießt dieser Grund über das Ziel hinaus, da die im wesentlichen gleichen Einwendungen auch in bezug auf die Geldeinlage erhoben werden könnten. Das Bestehen dieser Schwierigkeiten kann zum Nachweis dafür, daß der gesetzgeberische Wille nicht verwirklicht worden sei, um so weniger ins Feld geführt werden, als der Gesetzgeber selbst in der Begründung des Entwurfs auf diese Schwierigkeiten hingewiesen hat, indem er sagt, „daß unter Umständen die weiter zur Erfüllung der Einlagevorschriften noch erforderlichen Rechtsakte, wie namentlich die grundbuchmäßige Übertragung des Eigentums an Immobilien zunächst noch vorbehalten bleiben müsse“.

Hiermit wird genügend deutlich darauf hingewiesen, was das Gesetz unter dem „Machen“ der Sacheinlagen in diesem Zeitpunkt versteht, nämlich die Übertragung der freien Verfügungsgewalt an dem Gegenstand der Einlage auf den Geschäftsführer durch eine Willenserklärung, mit der der Erklärende zu dessen Gunsten die eigene Verfügungsgewalt aufgibt, so daß die Gesellschaft mit ihrer Entstehung letztere — nach etwa noch zu erfüllenden Förmlichkeiten wie bei Grundbesitzübertragung — ohne weiteres erlangt. Daß diese Übertragungsart Abweichungen von der gewöhnlichen zeigt, ist die Folge der vom Gesetz gegebenen Vorschriften, in denen die Gesellschaft schon während ihrer Entwicklung in gewisser Weise als eine Rechtspersönlichkeit behandelt wird, und die deshalb eine eigenartige Rechtsgestaltung notwendig mit sich bringen. Aus systematischen Schwierigkeiten den Erfolg als unmöglich zu bekämpfen, den das Gesetz klar im Auge hat, heißt dem Gesetze selbst Gewalt antun.

Hachenburg wendet weiter ein, daß das Verlangen, die Sacheinlagen schon vor der Eintragung unverfügt der Gesellschaft zur

Verfügung zu stellen, eine „nicht motivierte und nicht zu motivierende Abweichung von dem System der Aktiengesellschaft“ bedeute. Bei einer Gründung unter Sacheinlagen seien die „Kautelarvorschriften“ des Aktienrechts für die Gesellschaft m. b. H. abgeschwächt, nicht verschärft. Im Aktienrecht finde sich die in der Hauptsache gleiche Vorschrift einer Versicherung, daß auf jede Aktie, soweit nicht andere als durch Barzahlung zu leistende Einlagen bedungen seien, der eingeforderte Betrag bar einbezahlt und im Besitze des Vorstandes sei (§ 195 Abs. 3 HGB.). Diese Stelle werde von der Auslegung und der Praxis stets so aufgefaßt, daß nicht in bar erfolgende Einlagen zur Zeit der Anmeldung weder ganz noch teilweise geleistet sein müßten.

Bei diesem Einwand wird nicht genügend berücksichtigt, daß bezüglich der Aktiengesellschaft die Einbringung der Sacheinlagen durch eine Reihe zivilrechtlicher und strafrechtlicher Vorschriften gewährleistet wird, die nicht nur die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats, sondern auch gerade die Sacheinleger in der ihnen durch das Gesetz (§ 187 HGB.) beigelegten Eigenschaft als Gründer treffen, die im hier behandelten Gesetze aber fehlen. Auf diesen Unterschied wird schon in den einleitenden Bemerkungen der Begründung des Regierungsentwurfs („Stammkapital“ S. 32/33) hingewiesen, indem ausgeführt wird: „In einer Beziehung ist noch über die Grundsätze des Aktienrechts hinauszugehen. Bei der Aktiengesellschaft wird die Sicherung des Grundkapitals sehr wesentlich durch die Vorschriften über den Gründungshegang, sowie durch die konkurrierende Verantwortlichkeit einer Reihe verschiedener Geschäftsorgane und durch die umfassende Öffentlichkeit sowohl der Einzelheiten der Gründung als der späteren Ergebnisse des Geschäftsbetriebs unterstützt. Sind die betreffenden Bestimmungen auch in erster Linie zum Schutze der Aktienwerker bestimmt, so dienen sie doch zugleich als Garantie für die Interessen der Gesellschaftsgläubiger. Bei der neuen Gesellschaft werden derartige Garantien in gleichem Maße nicht bestehen können, da weder der ausgedehnte Verwaltungsapparat der Aktiengesellschaft, noch die weitgehende Publizität, welche für diese vorgeschrieben ist, hier zur Anwendung kommen können. Dafür bedarf es im Interesse der Gläubiger eines Ersatzes. Er ist am geeignetsten dadurch zu beschaffen, daß den Gesellschaftern eine Gesamthaftung dafür auferlegt wird, daß das im Gesellschaftsvertrag bestimmte

Stammkapital zur Einzahlung gelangt. . . .“ Und zu §§ 79—81 Entw. (§§ 82 flg. des Ges.) wird S. 92 der Begründung weiter gesagt: „In strafrechtlicher Beziehung geht der Entwurf davon aus, daß bei der Gesellschaft m. b. H. Pflichtwidrigkeiten der Beteiligten, welche nicht den Tatbestand einer nach gemeinem Recht strafbaren Handlung enthalten, das öffentliche Interesse nur insoweit berühren, als dadurch die Sicherheit des im Geschäfts- und Kreditverkehr mit der Gesellschaft stehenden Publikums in gemeingefährlicher Weise verletzt wird. Namentlich muß, da den Gläubigern der Gesellschaft ausschließlich das Gesellschaftsvermögen haftet, jede arglistige Täuschung des Publikums über die wesentlichen finanziellen Grundlagen des Unternehmens auch strafrechtlich geahndet werden. . . . Auf diesen Gesichtspunkten beruhen die Vorschriften der §§ 79—81. Zunächst wird es in der Nr. 1 des § 79 unter Strafe gestellt, wenn dem Registergericht bei der ersten Anmeldung der Gesellschaft oder bei der Anmeldung einer Kapitalserhöhung wissentlich falsche Angaben über die Deckung oder Einzahlung des Stammkapitals gemacht werden.“ Diese Ausführungen zeigen, daß der Gesetzgeber bei Regelung der Verantwortlichkeit der Geschäftsführer für die Richtigkeit der von ihnen nach § 8 Abs. 2 abzugebenden Erklärungen über die Bestimmungen des Aktienrechts in den entsprechenden Fällen hinausgehen wollte. Ferner geben die in der Begründung durch gesperrten Druck besonders hervorgehobenen Worte „wissentlich falsche Angaben über die Deckung oder Einzahlung des Stammkapitals“ zu erkennen, daß auch wissentlich falsche Angaben hinsichtlich der Sacheinlagen unter Strafe gestellt werden sollten; anderenfalls hätte nicht von einer „Deckung oder Einzahlung“, sondern nur von einer „Einzahlung“, und nicht von dem „Stammkapital“, sondern von der „Bareinlage“ gesprochen werden müssen.

Nach alledem muß an der Ansicht, daß sich die § 7 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 82 Nr. 1 GmbHG. auch auf die Sacheinlagen beziehen, festgehalten werden.

Der Verteidiger hat weiter ausgeführt: „Es handele sich hier um eine gemischte Einlage. Bei derartigen Einlagen sei aber nach der herrschenden Meinung und insbesondere nach der Ansicht des Reichsgerichts (Urteil vom 3. Mai 1901 in GoldArch. Bd. 48 S. 305 II. Straff. D. 1019/01) „das bar zu zahlende Viertel von dem Nenn-

betrag des Stammanteils zu berechnen und von dem sich hiernach ergebenden Viertel die Sacheinlage abzuziehen, und nur, wenn letztere den bar zu zahlenden Betrag nicht voll deckt, der restierende Betrag in bar einzuzahlen.“ Dieser Ansicht, welche allerdings in der Rechtslehre und in der angezogenen Reichsgerichtsentcheidung vertreten wird, vermag der erkennende Senat nicht beizupflichten. Einer Anrufung der Entscheidung der Vereinigten Strafsenate bedarf es indes nicht, da die hier abgelehnte Ansicht, wie schon der I. Strafsenat in der Sache g. R. 1 D. 302/07 (Urteil vom 4. Juli 1907) angenommen hat, nur in einer gelegentlichen, für die Entscheidung belanglosen Bemerkung ausgesprochen hat. Der erkennende Senat schließt sich der vom I. Strafsenat in dem angezogenen Urteil vom 4. Juli 1907 ausgesprochenen Ansicht an, wonach „das Gesetz vor der Anmeldung unter Ausschreibung der Sacheinlage die Einzahlung von einem Viertel der ganzen in Geld zu leistenden Einlage, oder, falls das Viertel rechnerisch kleiner ist als 250 M., die Einzahlung von 250 M. verlangt.“ Die gegenteilige Ansicht findet im Gesetze keinen Anhalt. Ihr steht dessen Wortlaut entgegen. Auch der gesetzgeberische Zweck des § 7 Abs. 2 widerstreitet ihr. Denn die baren Geldeinlagen sind es, auf die das mit der Gesellschaft in Geschäftsverbindung tretende Publikum als Betriebskapital bei der Kreditgewährung in erster Linie rechnet, und dieses Vertrauen würde getäuscht werden, wenn man die Vertretung des bar einzuzahlenden Geldes durch andere mehr oder weniger schwer in Geld umsetzbare Werte zulassen wollte. Die hier bekämpfte Ansicht ist auch unvereinbar mit der Schlußbestimmung in § 7 Abs. 2, wonach jedenfalls mindestens der Betrag von 250 M. eingezahlt werden muß. Von dem in 2 D. 1019/01 eingenommenen Standpunkt aus müßte man — mit dem Verteidiger — folgerichtig dazu gelangen, jede Barzahlung für unnötig zu erklären, wenn in Sachwerten ein Viertel der Gesamtstammeinlage eingebracht worden ist; damit deckt sich nicht, daß das Gesetz die Einzahlung von mindestens 250 M. für alle Fälle angeordnet hat. . . .“